

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.492.709

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 7360/J-NR/2021 betreffend Wo uns die EU einschränken will, die die Abg. Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen am 9. Juli 2021 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 5 und 8 bis 10:

- *Wie stehen Sie als Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, zu der vermeintlichen "Verbots-Mentalität" aus Brüssel?*
- *Sehen Sie in der stark anwachsenden Unzufriedenheit der EU-Bürger in den EU-Apparat in Brüssel und seinen Beamten ein Problem?*
- *Wenn ja, was könnte Österreichs Beitrag sein, wieder Vertrauen in das System der Europäischen Union aufzubauen und die Unzufriedenheit zu senken?*
- *Wie stehen Sie als Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu der Impfstoffbeschaffung der EU?*
- *Wie beurteilen Sie die politische Vorgehensweise der EU, Einschränkungen in Bereichen vorzunehmen, obwohl die stichhaltigen Belege für die Notwendigkeit dafür fehlen und in deduktiver Weise vom Allgemeinen auf den Einzelnen argumentiert wird?*
- *Was haben jene EU-Bürger, die über keinen digitalen Impfpass bzw. Zertifikat verfügen, zu erwarten, wenn sie innerhalb der EU reisen möchten?*
- *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass kritische Stimmen in Zukunft wieder mehr Gehör finden, um damit eine weite Bandbreite an akzeptierten Meinungen sicherzustellen?*
- *Werden Sie gegen die Diffamierung von kritischen Meinungen bzw. gegen Formen der Zensur, bei „anderen, nicht-mainstream- bzw. kritischen Meinungen“, eintreten?*

Die gegenständlichen Fragestellungen betreffen keine Gegenstände der Vollziehung durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zudem ist festzuhalten, dass dem Fragerecht gemäß Art. 52 B-VG und § 90 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 nur Handlungen und Unterlassungen unterliegen (Nödl, Parlamentarische Kontrolle, 1995, 104 ff.; Atzwanger/Zögernitz, NR-GO (1999), 366). Kein Gegenstand des Interpellationsrechts sind daher bloße Meinungen (auch Rechtsmeinungen) oder persönliche Einschätzungen. Es wird um Verständnis ersucht, dass von einer Beantwortung der Fragestellungen deshalb Abstand genommen wird.

Zu Fragen 6 und 7:

- *Sehen Sie in der derzeit nicht mehr vorhandenen Reisefreiheit innerhalb der EU ein Problem auch für die Zukunft?*
- *Welchen Beitrag leisten Sie, um die Reisefreiheit innerhalb der EU wieder zu gewährleisten?*

Ungeachtet des Umstandes, dass grenzüberschreitende Reisefreiheit ebenfalls nicht in den Ingerenzbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung fällt, wird auf das EU-Programm Erasmus+ hingewiesen, welches jungen Menschen und Lehrkräften zahlreiche Möglichkeiten für einen Austausch und Mobilität bietet. Allfällige Reisebeschränkungen wurden durch größtmögliche Flexibilität auch seitens der Europäischen Kommission gemindert. Mobilitätsprojekte konnten zeitlich verschoben bzw. virtuell abgehalten werden. Die erfolgreichen Erasmus+ Antragsrunden 2020/2021 zeigen das große ungebrochene Interesse am EU-Programm.

Wien, 8. September 2021

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann eh.

